Nummer 390

Mit Kurszettel | Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: H. Bonglowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 31.

Abendausgabe . 20 Pfennig. | 71. Jahrgang | Freitag, 21. August 1925

Für das Polarluftschiff!

Rede Eckeners in Friedrichshafen.

TU Friedrichshafen, 21. August.

Heute morgen sind noch zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten aus allen Teilen des Reiches eingetroffen, so daß die Zeppelin-Gemeinde jetzt ziemlich vollzählig in Friedrichshafen versammelt ist. Nachdem der Vormittag durch eine Besichtigung der Werke und des Zeppelin-Museums sowie durch eine Freiballon-Fahrt ausgefüllt war, begann um 1 Uhr das Frühstück im Tiergarten-Hotel, das die Stadt Friedrichshafen gegeben hat. Das Hauptereignis dieser Veranstaltung war die große programmatische Rede Dr. Eckeners, die einmal am Hinblick auf den für Sonntag zu erwartenden Aufruf zu einer Volksspende, aber auch nach der politischen Seite hin für die weitere Entwicklung des Zeppelinunternehmens große Bedeutung hat. Dr. Eckener gedachte zunächst der Persönlichkeit des Grafen Zeppelin, der bei den schwersten Schicksalsschlägen nicht verzagt habe. Vielleicht könne die Feier in diesem Sinne eine gewisse Bedeutsamkeit auch für das deutsche Volk haben, das sich an der legendären Gestalt des Grafen Zeppelin aufrichten und in seinen heutigen Nöten von ihm lernen möge, daß der Glaube an sich selbst und seine Mission und ein unverzagtes Weiterarbeiten endlich einmal die Geschicke meistern und zum Siege führen müsse. „Zum zweiten", so fuhr Dr. Eckener fort, „wollen wir uns klare und kühle Rechenschaft darüber geben, wie unsere gegenwärtige Lage ist. Es ist kein Geheimnis, daß sie nicht gut sein kann, nachdem, abgesehen von den einen „D. Z. 126", seit sechs Jahren nicht gearbeitet werden kann, um wirtschaftlich und technisch voran zu kommen. Trotzdem sind wir keine Pessimisten und glauben, daß es mit besonderen Anstrengungen gelingen wird, aus der Not wieder herauszukommen. Gewiß scheint es, als solle die Idee tragischerweise durch ihren Sieg zum Erliegen kommen, denn

gerade die Lebens- und Leistungsfähigkeit des Zeppelin-Luftschiffes ist es, der die Besorgnisse und Maßnahmen einer feindlichen Politik gelten."

Dr. Eckener gab dann einen Ueberblick über die Entwicklung der Luftschiffe, von 11 000 Kubikmeter Rauminhalt an zu der heute möglichen Größe von über 200 000 Kubikmeter. Das erste Schiff des Grafen Zeppelin habe in allem Wesentlichen in Konstruktion und Ausführung dem noch heute üblichen Typ gleichen. — Dr. Eckener verbreitete sich dann über den Wettbewerb von Flugzeugen und Zeppelin. Es sei nicht richtig, daß das Luftschiff nicht die größten Möglichkeiten habe. Nur die Verfügungen der Entente hätten dafür gesorgt, daß der Beweis nicht für erbracht werden konnte. Die Entente verbot zunächst Luftschiffe zu bauen, und man kam jetzt auf den überaus hübschen Einfall, Starrluftschiffe von mehr als 30 000 Kubikmeter Inhalt als Kriegsfahrzeuge zu bezeichnen und mit dieser Begriffsbestimmung den Bau von Verkehrsluftschiffen zu verbieten. Mit dieser Entscheidung wurde nicht einmal dem formalen Recht, wie es sich angeblich aus dem Diktat des Versailler Vertrages ergeben soll, Rechnung getragen, denn dieses Diktat bestimmte nur, daß die bewaffnete Macht Deutschlands keine Luftschiffe besitzen darf, sagt aber nichts von dem Privatbesitz von Luftschiffen.

Dr. Eckener protestierte dann entschieden gegen die Fiktion von der Schuld Deutschlands am Kriege, die zum Vorwand genommen würde, um den Bau von Groß-Luftschiffen für Verkehrszwecke zu untersagen, genau wie ganz Deutschland auf das schärfste dagegen protestieren müsse. Man solle doch meinen, daß die Tage der Schuldlüge allmählich gezählt sein müßten. Es wäre wohl würdiger, wenn man auf der Gegenseite endlich auch zugeben würde, daß es sich nur um eine reine Machtpolitik handelt. Da die Fiktion von der Schuld am Kriege nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sei, schiebe man jetzt die berühmte Sicherheitsfrage vor, aber wir erheben entschieden Einspruch dagegen, daß das Luftschiff hier als Kompensationsobjekt oder dergleichen ausgeschrieben wird, denn

es ist nicht wahr, daß das Luftschiff heute noch als Kriegsinstrument in Betracht kommt,

gegenüber den modernen Flugzeugen mit ihren Angriffswaffen, wohl aber ist das Starrluftschiff geeignet, ein ganz unvergleichliches Verkehrsmittel über große Entfernungen zu werden. Den Beweis hat die Fahrt mit dem „L. Z. 126" nach Amerika erbracht. Uebrigens sind die Betriebsstoffen bei fernen Fahrten viel geringer, als man annimmt. Auch als Vermessungsschiff wird das Luftschiff eine außerordentlich bedeutsame Rolle spielen. Die Landvermessung der Zukunft wird von Luftschiffen aus geschehen. Eine bedeutsame Aufgabe aber füllt dem Luftschiff als wissenschaftlichem Forschungsinstrument zu. Mit einem Zeppelin kann man täglich über das arktische Gebiet fahren, dort Zwischenlandungen ausführen und das Polargebiet durchforschen und damit vollbringen, was alle bisherigen Expeditionen in Jahrzehnten nicht heimzubringen vermochten.

Wenn die Nordpolfahrten mehr als ein ehrgeiziger Sport sind, so muß das Luftschiff jetzt dazu verwandt werden. Wenn irgendetwas zum Zusammenhalten der Nationen zwingt, so ist es gerade die Luftschiffahrt. Ich bin also sicher, daß mit Rücksicht auf den allgemeinen Kulturfortschritt man bald von den ganz zwecklosen Drangsalierungen des deutschen Luftschiffbaues abkommen wird. **Zum mindesten aber glaube ich, daß die Entente sich nicht widersetzen wird, wenn das Ersuchen an sie ergeht, den Bau eines großen wissenschaftlichen Expeditionsschiffes in Deutschland zu gestatten, und deshalb haben wir den Plan gefaßt, in Ausführung einer alten Idee des Grafen Zeppelin eine wissenschaftliche**

Polarfahrt

mit einem Luftschiff zu unternehmen.

Um diesen Plan durchzuführen, ist eine Unterstützung des Luftschiffbaues Zeppelin notwendig. Das vorhandene Kapital ist aufgezehrt. Der Bau des „L. Z. 126" schuf nur eine vorübergehende Hilfe. Wir möchten die notwendige Unterstützung nicht vom Reiche, nicht von der Industrie und Finanz erbitten, wir möchten vielmehr **an das deutsche Volk den dringenden Notruf richten, das Werk Zeppelins nicht untergehen zu lassen.** Die Zeppelinwerke sind ja im Grunde ein Besitzstück des deutschen Volkes, hervorgegangen aus der Echterdingen-Spende an den Grafen Zeppelin. Es liegt in der Hand des deutschen Volkes, ob es ein Opfer bringen will. Jeder muß mithelfen. Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß unser Appell an das deutsche Volk nicht ungehört verhallen möge.

Die „französische Partei" im Flugwesen der Tschechoslowakei.

Aus Prag, 14. August, wird uns geschrieben:

Ein Artikel des sozialdemokratischen „Pravo Lidu" bringt eigenartige Enthüllungen über die beiden feindlichen Strömungen in der tschechischen Flugpolitik. Die französische Strömung fordere Anwendung französischen Materials, das auf Grund französischer Lizenzen in der Tschechoslowakei hergestellt wurde, sowie die Beseitigung der bisherigen tschechisch-eingestellten, im Flugwesen führenden Persönlichkeiten, die zum Studium nach Frankreich gesandt worden sollten und durch Franzosen oder durch Anhänger der französischen Richtung zu ersetzen wären. Als Gründe führten die Anhänger der französischen Orientierung an, daß die tschechoslowakischen Produkte den französischen nicht gleichwertig seien, daß sie sich in der Richtung der deutschen Produktion bewegten, daß das tschechische Flugmaterial mit dem französischen unifiziert werden müßte usw. Diese französische Richtung stützt sich, wie das „Pravo Lidu" schreibt, auf die tschechoslowakische Konvention mit Frankreich, die zur Abnahme französischen Flugmaterials resp. französischer Lizenzen verpflichte.

Dieser französischen Partei steht die tschechische Richtung gegenüber, die bislang durch die Flugabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung vertreten war und eine heimische Produktion sowie freie Hand in der Auswahl ausländischen Materials forderte. Die Art des Konkurrenzkampfes des französischen Kapitals lasse dem Begriffe der Souveränität zuweilen. Das französische Kapital benütze die französische Militärmission, die höchsten militärischen Würdenträger und die vom französischen Kapital finanzierten Firmen für seine Zwecke. Es untergrabe durch unrichtige Tendenznachrichten die Stellung und Autorität der führenden Persönlichkeiten, die für das tschechische Flugwesen verantwortlich seien, beeinflusse sie, mische sich in ihre Zuständigkeit, setze die heimische Produktion durch Verallgemeinerung eines einzelnen Mißerfolges herab, verbreite und vergrößere diese Nachrichten im Ausland und verzögere den Ausbau des Instituts zum Studium des Flugwesens.

Diese französische Richtung wolle dem Ministerium für Nationalverteidigung die Kompetenz für den Ankauf von Flugmaterial entziehen und sie an sich reißen. All dies bilde eine Erklärung für das Chaos im tschechischen Flugwesen. Die Flugsektion des Ministeriums für Nationalverteidigung stehe unter derartigem Terror, daß sie sich überhaupt nicht traue, etwas bei der heimischen Industrie zu bestellen. Die Firmen, welche über französische Lizenzen verfügten, umgingen das kompetente Ministerium und schlossen die Lieferungen mit dem unkompetenten Chef des Generalstabs (!) und einen einflußreichen Parteimännern ab. Das Blatt wendet sich in schärfster Weise gegen den Mißbrauch, welchen die französisch orientierte Großindustrie solchermaßen mit dem tschechoslowakischen Flugwesen treibe, und fordert radikale und rasche Abhilfe bzw. Revision der tschechoslowakischen Flugkonvention mit Frankreich, gegen deren geheime geheimste sachliche Seite Mißtrauen am Platze sei. Das Blatt führt sodann die technischen und taktischen Nachteile an, die in der Anwendung französischer Motoren für die Tschechoslowakei gelegen seien und fordert unbedingten Ausbau der tschechoslowakischen Produktion auf diesem Gebiet. Auch der ideelle nationalökonomische und soziale Schaden einer bloß auf fremde Lizenzen gestützten Erzeugung, die auch mit fremdem Rohmaterial arbeiten müsse, wird hervorgehoben und erklärt, daß die Tschechoslowakei in eine Kolonie Frankreichs verwandelt werde.

Wohl hat in einem umfangreichen Artikel der nationaldemokratischen „Narodni Listy" der Generaldirektor Klement der mit Skoda fusionierten Laurin & Klement Werke die mit französischen Lizenzen arbeitende Produktion in der Tschechoslowakei verteidigt, aber damit ist die Diskussion über dieses Thema noch nicht geschlossen. Allerdings wird alles daran gesetzt werden, den Streit zwischen der französischen und der tschechischen Orientierung in der Flugpolitik hinter den Kulissen auszufechten.

Es ist eine Folge des französischen Einflusses, daß der frühere Leiter des tschechoslowakischen Militärflugwesens, General Ing. Kolarik, durch den General Cecek ersetzt wurde, der gleichzeitig Vorstand der Militärkanzlei des Präsidenten der Republik ist. Kolarik wurde vor 1½ Jahren zu einer Studienreise nach Frankreich kommandiert, die er aber nicht antreten durfte; jetzt wurde er plötzlich zum Vorstand der Versuchsabteilung ernannt und auf diese Weise vollständig aus der Leitung des Flugwesens ausgeschaltet. General Cecek war bekanntlich erster Vertreter des Generals Mittelhauser, des ersten Chefs der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei.

Eingreifen Englands in China?

Die Hoffnung auf Japan.

TU London, 20. August.

Die englische Regierung ist mit den anderen Mächten wegen einer gemeinsamen Aktion gegen die Kantoner Regierung in Verbindung getreten. Chamberlain steht auf dem Standpunkt, daß die Haltung der Kantoner Regierung in der Schiffahrtsfrage eine schwere Verletzung des Völkerrechts sei, von der auch die Handelsflotten der anderen Länder betroffen werden.

London, 21. August.

„Times" betont in einem Leitartikel, daß die „Rote Regierung" von Kanton, die von den Bolschewisten unterstützt werde, eine heftige Tätigkeit gegen Großbritannien entfalte. Das Blatt bezeichnet die letzte Verfügung der Regierung von Kanton gegen den Einlaufen von britischen und japanischen Schiffen als eine offene Herausforderung und erwidert auf die Frage, was die Mächte tun könnten, es würde höchst einfach sein, mit einer Blockierung der Mündung des Flusses zu antworten. Es dürfte jedoch nicht vergessen werden, daß es vielleicht

der wirkliche Zweck der Feinde Englands

sei, durch die Veröffentlichung solcher Verfügungen Großbritannien gerade zu einem derartigen Schritt herauszufordern, der als Kriegsmaßnahme ausgelegt werden könnte. Während im Norden dort, wo Tschangtsolin geneigt sei, seinen Einfluß geltend zu machen, die Lage augenblicklich verhältnismäßig günstig sei, verstärkte der mit den Bolschewisten verbundene, stark antibritische Fengjusiang in der Nähe von Peking immer mehr seine Stellung, und der Erfolg seiner Herausforderung in Kanton würde ihm vielleicht die Gelegenheit geben, auf die er möglicherweise warte, endgültig die Macht in Peking an sich zu reißen.

„Times" hält es für wahrscheinlich, daß

eine Tarifkonferenz im Oktober

stattfinden werde, und meint, „daß die Mächte dann vielleicht endlich eine wirkliche Gelegenheit haben würden, ihre Politik bezüglich Chinas in Einklang zu bringen". Es müsse jedoch zugegeben werden, daß Großbritannien und Japan „in der Intensität ihrer Teilnahme an der augenblicklichen gefährlichen Lage" etwas allein stünden. Es bedeute etwas für England, in diesen schwierigen Tagen einen alten Freund an seiner Seite zu haben, es müsse jedoch immer wiederholt werden, daß eine kluge und energische britische Politik sich vor allem notwendig sei. Chamberlain sei gestern eigens nach London gekommen, um sich mit dem chinesischen Problem zu befassen. In einer Krisis, wie sie augenblicklich herrsche, könne England es sich nicht leisten, auch nur einen Augenblick nicht auf der Hut zu sein.

Auch „Financial Times" befaßt sich in einem Leitartikel mit der Lage in China und betont, daß der Handel in Hongkong unter dem antibritischen Boykott täglich hoff eine viertel Million Pfund Sterling einbüßt.

„Daily Mail" berichtet, das Foreign Office sehe die Aktion der Behörden von Kantonn, die den britischen und den japanischen Schiffen die Einfahrt in ihre Häfen verbieten, sehr ernst an. Es herrschte jedoch allgemein die Ansicht vor, daß diese Aktion gegen die britischen Interessen von einer nicht anerkannten Körperschaft ohne rechtliche Grundlage unternommen wurde und daß Großbritannien mit Japan, falls letzteres das wünschen sollte, voll berechtigt sein würde, alle Maßnahmen zu ergreifen, die für notwendig gehalten werden, um die britischen Rechte aus den internationalen Vertrag zu schützen. Chamberlain beabsichtige nach Abschluß der Untersuchung einen sofortigen Regierungsbeschluß darüber herbeizuführen, ob es wünschenswert sei oder nicht, eine entscheidende Aktion zu unternehmen.

„Daily Expreß" schreibt unter Hinweis auf die Einführung von acht britischen Missionaren durch Beigaben in der Provinz Szetschuan sowie auf die Aktion der Kantonregierung gegen britische Schiffe, das Chaos in China werde täglich schlimmer. Es bestehe keine Sicherheit für die Wahrung der britischen Rechte und Interessen. England müsse seine Forderungen bei der bevorstehenden Konferenz in Peking energisch geltend machen.

Eine amerikanische Stimme für Abschaffung der Konzessionen in China.

Einigung über Einberufung einer China-Konferenz der Mächte?

TU Paris, 21. August.

Der „New York Herald" veröffentlicht einen Brief des Senators Borah, des Präsidenten der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, in dem er die Abschaffung der Exterritorialrechte der Mächte in China befürwortet. Er wirft aber darauf hin, daß es sich selbstverständlich nicht darum handle, die Exterritorialität unverzüglich ohne jeden Uebergang aufzuheben. Solche der Großmächte sei es, China so viel Vertrauen entgegenzubringen, daß eine neue Lage entstehe, die die Abschaffung der Konzessionen ermögliche. Die Politik, die die Mächte gegenüber China gegenüber befolgen, lasse darauf schließen, daß sie dieses Ziel nicht im Auge hätten. In dem Brief heißt es weiter: „Die außerordentlichen Interessengruppen beuten das Menschenmaterial in China in einer Weise aus, die jeder Beschreibung spottet. Kann man China einen Vorwurf daraus machen, daß es selbständig zu Reformmaßnahmen seine Zuflucht nehmen muß? Darob gibt der Uebergangs Ausdruck, daß, wenn die Mächte ihre Politik ändern würden, die Chinesen gemeinsam mit den Mächten zur Ausarbeitung eines Reformprogramms bereit seien.

EP Washington, 21. August.

Ein hoher Beamter des Staatsdepartements hat mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung sich mit den anderen in China interessierten Mächten für eine baldige Einberufung einer Konferenz über China geeinigt habe. Diese Konferenz werde sich mit der Revision der chinesischen Staatsverträge, der chinesischen Einfuhrzölle und dem Problem der Exterritorialität befassen. Was die Zölle betreffe, so handle es sich nicht nur um eine Tarifrevision, sondern um den Abschluß neuer Handelsverträge.

Keine Beteiligung Chinas an der Opiumkonferenz.

TU London, 21. August.

Wie die „Morning Post" erfährt, hat die chinesische Regierung ihren Geschäftsträger in London angewiesen, sich an den Besprechungen des Völkerbundkomitees über den Verkehr mit Opium, die am 24. August in Genf stattfindet, nicht zu beteiligen. Dieser Schritt wird als ein Protest der chinesischen Regierung gegen die Beschlüsse der internationalen Opiumkonferenz vom November vorigen Jahres angesehen.

Chang Tso-lin auf der Höhe der Macht und — der Gefahr.

Nachdem die Meldung von dem Tode Chang Tso-lins dementiert worden ist, — Totgesagte sollen bekanntlich sehr lange leben — dürfte der nachstehende uns aus Mukden, 1. August zugehende Bericht von besonderem Interesse sein. Der Bericht lautet:

Nach der Rückkehr Chang Tso-lins von seiner Tientsin-Reise nach Mukden hat die hiesige recht einflußreiche japanische Presse sowohl die Ergebnisse dieser Reise wie die gegenwärtige Machtstellung des Feldherrn und Staatsmanns in großer Aufmachung dargestellt. „Mansiu Nichi Nichi" erklärt, Chang Tso-lin stehe jetzt auf dem Gipfel seiner Macht, da er sechs Provinzen und einen Sonderbezirk unter seiner Macht vereine und die Macht der Mukden-Partei auf ganz China ausdehnen könne.

„Kyoto Shimpo" hebt die für Chang Tso-lins Machtstellung so bedeutsamen Ergebnisse der Reise nach Tientsin hervor. Durch einen Glückzufall sei der Shanghaier Zwischenfall und Chang Tso-lins Eintreffen in Tientsin zusammengefallen; dadurch habe sich das Interesse der Welt auf die fremdenfeindliche Bewegung konzentriert und sei von Chang Tso-lin abgelenkt worden. So habe sich ein Schutzvorhang vor dem Marschall zusammengezogen, hinter dem er unbemerkt seine Ziele habe verfolgen können. Das erste Ziel, die Vertretung der Truppen des Feng, sei leicht erreicht worden. Sodann habe Chang Tso-lin die Peking—Mukden-Bahn fest in seine Hand gebracht und ebenso sei ihm die Beseitigung der Mukdener Macht längs der Tientsin—Pukow-Bahn gut gelungen; der Shanghaier Zwischenfall habe ihm sogar Gelegenheit gegeben, Mukden-Truppen bis nach Shanghai vorzuschieben. Auch in der russischen Frage habe er seine Absichten nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil Rußland eingeschüchtert und die Taonanfu-Tsitsihar-Bahn in seiner Hand behalten.

Die japanische Presse, die alles in allem Chang Tso-lin wohl will, weiß es gut mit Japans Sache, sieht aber auch gerade weil er jetzt auf dem Gipfel der Macht steht, allerhand Gefahren für ihn voraus. Sie fürchtet, daß er in einer Art napoleonischer Machtgier ganz China würde in seine Hand bringen wollen und daß er dann schießen würde. Schon der Geldpunkt wäre eine große Gefahr für ihn. Schon jetzt können die Mukden-Truppen kaum mehr aus der an sich schon notleidenden Mukdener Handelskasse bezahlt werden. Wenn man sie aber über ganz China verteilen und die Unterhaltungspflicht den Provinzen auferlegen würde, so würde das große Erbitterung beim chinesischen Volke hervorrufen. „Mansiu Nichi Nichi" warnt den Marschall dringend, seine Popularität, die er nötig brauche, nicht aufs Spiel zu setzen. Er solle seinen Ehrgeiz rechtzeitig zügeln, wenn er nicht an dem Groß-Mukden-Gedanke zugrunde gehen wolle.

Diese Warnung ist nicht ungerechtfertigt, denn das Blatt hätte hinzufügen können, daß die Popularität Changs beim chinesischen Volke schon jetzt sehr ins Wanken geraten ist. Er hat bei der augenblicklichen chinesischen Bewegung den Fremden gegenüber die Haltung wohlwollender Neutralität angenommen und ist deswegen von den Führern der Bewegung und der chinesischen Presse als Verräter bezeichnet worden, während sein Rivale Feng sich durch patriotische Proklamationen viel Popularität verschafft hat.

Eine weitere Gefahr für Chang Tso-lin wird in seiner Absicht erblickt, seinen ältesten Sohn als Tuipon nach Tsientsin zu setzen. Mit diesem Akte eines gewissen Repotismus würde Chang Tso-lin seinem getreuen Anhänger Li Ching-lin, der jetzt diese Stelle inne hat und dann einen anderen Posten erhalten müßte, vor den Kopf stoßen, weil Li seine Heimat Tientsin ungern verlassen würde. Da Li sich eigen Hauptanteil an dem Erfolge der Mukden-Partei zuschreiben darf, so würde er in einem solchen Schritte Changs mit Recht eine Undankbarkeit erblicken und sein Abfall und Uebertritt zu den Gegnern Changs läge sehr im Bereiche der Möglichkeit.

Die Stärkung der „Hausmacht" Chang Tso-lins durch die Besetzung eines der wichtigsten Posten im Reiche mit seinem Sohne würde aber auch den Staatspräsidenten Tuan chi-jui stützig machen. Das Verhältnis zwischen Tuan und Chang Tso-lin hat sich ohnehin sehr abgekühlt, denn es war Tuan zwar sehr willkommen durch Chang Tso-lin von der Uebermacht Fengs befreit zu werden, aber es liegt ihm begreiflicherweise gar nichts daran, einen Vormund mit dem anderen zu vertauschen. Bezeichnend für den latenten Gegensatz zwischen Chang Tso-lin und Tuan ist die Tatsache, daß Chang